

Kritik an Hartz IV

Teile des Paketes verfehlten ihre Wirkung

Trotz der erfreulichen Nachrichten der jüngeren Vergangenheit bleiben die Hartz-Reformen problematisch: Zwei Millionen weniger Arbeitslose - das war ursprünglich das Ziel der Hartz-Reformen in Deutschland. Doch große Teile des Paketes verfehlten ihre Wirkung - und die Kosten explodierten bislang. Millionen Menschen sind immer noch ohne Arbeit. Auch mit Hartz IV konnten Langzeitarbeitslose bislang nicht effektiver vermittelt werden. Da sich Kommunen und Arbeitsagenturen um die Betreuung der Arbeitslosengeld-II-Empfänger kümmern, kam es von Anfang an zu einem undurchschaubaren Kompetenzgerangel. Jetzt muss die Hartz-IV-Verwaltung nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts komplett neu geregelt werden.

Wie groß das Problem Arbeitslosigkeit wirklich ist, hat Hartz IV allerdings klar gemacht: Hunderttausende Menschen, die früher in der Sozialhilfe versteckt wurden, werden jetzt als das ausgewiesen, was sie sind: Als Menschen ohne Job.

Nach drei Jahren Hartz IV zeigte sich, dass das **Fördern** - also im Wesentlichen das Kürzen von Leistungen als Anreiz zur Eigeninitiative - funktioniert, das Fördern hat indes immer noch nicht das von der Politik versprochene Ausmaß erreicht. Für die Vermittlungstätigkeit stehen wegen des enormen Verwaltungsaufwands und des noch nicht abgeschlossenen Umbaus der Bundesagentur für Arbeit weit weniger Mitarbeiter zur Verfügung als geplant. Bis Ende März 2005 sollte mit jedem der gut 250.000 jugendlichen ALG-II-Empfänger eine Eingliederungsvereinbarung abgeschlossen werden. Das bedeutet, dass jedem Jugendlichen unter 25 eine Lehrstelle, ein Praktikum oder eine andere berufsvorbereitende Maßnahme angeboten werden sollte. Das Ziel wurde jedoch bis heute verfehlt. Ein **"Fallmanager"** in den Jobcentern sollte laut Gesetz für 75 Jugendliche oder 150 Langzeitarbeitslose zuständig sein - der angestrebte Vermittlungsschlüssel ist in den meisten Jobcentern aber noch nicht realisiert. Immer mehr Menschen erhalten zwar ALG II, doch ein großer Teil von ihnen wartet vergeblich auf eine bessere Betreuung, so der traurige Befund.

Der Bundesrechnungshof, der bis März 2006 an 90 Orten in Deutschland Schwerpunktprüfungen durchgeführt hat, weist auf die **vielfältigen Probleme** hin: Demnach mussten ein Drittel der ALG II Bezieher mehr als ein halbes Jahr lang warten, bis sie mit ihren Betreuern über künftige Arbeitsmöglichkeiten ein erstes strategisches Gespräch geführt haben. Bei etwa der Hälfte aller Ein-Euro-Jobs wissen die Betreuer nicht, welche Tätigkeiten ihre Schützlinge am Ende überhaupt ausüben. Und bei mehr als der Hälfte der überprüften Fälle hat die Behörde private Vermögensverhältnisse oder Unterhaltsverpflichtungen von Angehörigen nicht ausreichend kontrolliert.

tagesschau: *Kommunen kreativ bei Arbeitslosengeld II?*

ZDFheute: *Kaum noch Sozialhilfeempfänger in den Städten*

 Nach oben

Forschungsinstitute stellen den Hartz-Reformen ein negatives Zeugnis aus

Große Teile der Hartz-Reformen verfehlen ihr Ziel, die Arbeitslosigkeit zu senken. Einzelne Teile wirken sogar kontraproduktiv. Das ist das Ergebnis der **wissenschaftlichen Evaluierung der Reformpakete Hartz I bis III** durch eine Reihe von Forschungsinstituten im Auftrag der Bundesregierung. Besonders schlecht kommen die Personal-Service-Agenturen (PSA) weg, die einst als Herzstück der Reformen galten. Der Einsatz in einer PSA verlängert im Vergleich zur Kontrollgruppe die durchschnittliche Arbeitslosigkeit um fast einen Monat, gleichzeitig liegen die monatlichen Kosten weit über den ansonsten entstandenen Transferleistungen.

Auch **Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen** (ABM) führten zu einer längeren Verweildauer in der Arbeitslosigkeit. Sie verschlechterten die Chancen der Teilnehmer für eine dauerhafte Rückkehr in den normalen Arbeitsmarkt. Die Zahl der ABM ist allerdings stark zurückgegangen.

Für die meisten Bausteine von Hartz I bis III konnten die Forscher keine Verbesserung der Qualität der Arbeitsvermittlung feststellen. Dass die Reformen die Arbeitslosigkeit der Betroffenen verkürzt hätten, sei ebenfalls nicht erkennbar. So seien zum Beispiel die Vermittlungsgutscheine kein geeignetes Instrument, um eine Integration in den Arbeitsmarkt zu befördern. Die Einführung der Mini-Jobs habe zwar für einen Boom der geringfügigen Beschäftigung gesorgt, doch die Arbeitslosen hätten davon nicht profitiert. Besser fällt das Urteil für die Existenzgründer-Förderung aus. Vor allem das Überbrückungsgeld, aber auch die Ich-AG erweisen sich als erfolgreiche Instrumente der Arbeitsmarktpolitik. Das Arbeitsmarktinstrument Ich-AG war allerdings bis zum 30. Juni 2006 befristet. Die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe (Hartz IV) war nicht Bestandteil der Untersuchungen.

Das Nürnberger Institut für Arbeitsmarkt- und Sozialforschung (IAB) belegt in einer weiteren Studie, dass sich für mehr als jeden zweiten Bezieher des neuen Arbeitslosengeld II (57 Prozent) die **Einkommenssituation** seit Jahresbeginn verschlechtert hat. Darunter sind vor allem ältere Menschen, die lange gearbeitet, zuletzt gut verdient haben und somit einen hohen Anspruch bei der Arbeitslosenhilfe hatten. **Verlierer-Haushalte** mussten im Schnitt Einbußen in Höhe von 20 Prozent hinnehmen. Knapp jeder fünfte ehemalige Bezieher von Arbeitslosenhilfe (17 Prozent) bekommt seit Jahresanfang überhaupt kein Geld mehr. Dabei handelt es sich in aller Regel um Menschen, die in Beziehungen leben und deren Partner nach den zum Jahresanfang in Kraft getretenen Regeln zu viel verdient. Vor allem Paare ohne Kinder haben den Anspruch auf das Arbeitslosengeld II eingebüßt. Von den bisherigen Arbeitslosenhilfe-Beziehern haben nur 63 Prozent der Paare ohne Kinder nach der Reform Anspruch auf das ALG II, bei den Alleinstehenden sind es dagegen 93 Prozent. Die Studie belegt, dass bei neun Prozent der Bedarfsgemeinschaften den Betroffenen die staatliche steuerfinanzierte Unterstützung gestrichen wurde, weil sie zu viel Besitz oberhalb der Freigrenzen haben. Auf der anderen Seite profitieren 43 Prozent der ALG II-Bezieher von Hartz IV: Sie bekommen heute mehr Geld vom Staat als vor Hartz IV. Dabei handelt es sich vor allem um Menschen, deren ehemalige Arbeitslosenhilfe unter dem Sozialhilfeniveau lag. Diese Gruppe hätte bereits vor Hartz IV Anspruch auf ergänzende Sozialhilfe gehabt, ihn aber nicht eingefordert. Diese Haushalte bekommen mit Hartz IV im Schnitt elf Prozent mehr Unterstützung als vor der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe. Für Personen, die zuvor Sozialhilfeempfänger waren, sind die finanziellen Auswirkungen der Reform relativ gering.

IAB: *Verlierer, aber auch Gewinner beim Arbeitslosengeld II* (PDF)

tagesschau: *Hartz IV - die verfehlt Reform?*

Nach oben

Auch Hartz-IV-Ombudsrat übt Kritik an Reform

Der **Hartz-IV-Ombudsrat** hat die Betreuung und Vermittlung von Langzeitarbeitslosen als dringend reformbedürftig angemahnt. Das Organisationschaos in den örtlichen Arbeitsgemeinschaften sei das größte Problem der Arbeitsmarktreform. Der Rat hatte am 23. Juni seinen Abschlußbericht Bundesarbeitsminister Franz Müntefering (SPD) übergeben.

Der Ombudsrat war Ende 2004 zur Beobachtung der Hartz-IV-Reformen eingesetzt worden. Mitglieder sind die ehemalige Familienministerin **Christine Bergmann** (SPD), der frühere sächsische Ministerpräsident **Kurt Biedenkopf** (CDU) und der ehemalige Vorsitzende IG Bergbau, Chemie und Energie, **Hermann Rapp** (SPD). Seine Amtszeit endet nun. Dabei verteidigte der Ombudsrat, der zwei Jahre lang über 70.000 Eingaben und Beschwerden auswertete, die Reform im Grundsatz. In der Kritik stehen vor allem die Arbeitsgemeinschaften der Arbeitsagenturen mit den Kommunen. Sie seien "**ein bürokratisches Monster**". Die Verantwortung für die Organisationsmängel schrieb der Rat dem Kompromiss im Vermittlungsausschuss von Bundestag und Bundesrat zu. Union und SPD hatten sich im Dezember 2003 nicht auf ein einheitliches System der Verwaltung verständigt. Auf Drängen der Union gibt es 69 Optionskommunen, die in Alleinregie Langzeitarbeitslose betreuen. In 345 Arbeitsgemeinschaften bilden Agenturen für Arbeit und Kommunen einen Verbund. In 19 Kommunen nehmen beide ihre Aufgaben getrennt wahr.

Die Debatte um Leistungsmissbrauch sei zudem überzogen, erklärten der Ombudsrat. Es gebe nicht mehr Missbrauch als bei anderen Leistungs- oder Abgabegesetzen auch. Die explodierenden Kosten beim Arbeitslosengeld II (ALG II) seien so nur teilweise zu erklären. Vielmehr habe die Reform mehr Menschen den Zugang zum Grundsicherungssystem ermöglicht. Das ALG II sei mit 345 Euro im Monat außerdem nicht zu hoch bemessen.

Der Ombudsrat kritisiert erneut, dass auch eineinhalb Jahre nach Einführung des Arbeitslosengeldes II, noch keine besser verständlichen Bescheide entwickelt worden sind. Solange die Bescheide in einer Sprache abgefasst sind, die für die Mehrheit der Betroffenen schwer verständlich ist, dürfen daraus resultierende falsche Interpretationen nicht allein zu Lasten der Betroffenen gehen.

Derweil wehren sich die von der Reform Betroffenen: Die **Zahl der Verfahren vor den Sozialgerichten** sind 2007 um 42 Prozent auf 100.000 gestiegen, 2005 waren es noch rund 65.000 gewesen. Die Hartz-Gesetze haben für viel Bürokratie gesorgt. Nicht nur die Hartz-IV-Empfänger, auch die Behörden haben Probleme mit den ständigen Veränderungen und Erweiterungen. Den Arbeitsgemeinschaften (ARGen), Kommunen und Landkreisen passieren noch viele Fehler - oft auf Kosten der Betroffenen. Es gibt mehrere Gründe für die Hartz-Klagen. So werden beispielsweise Arbeitslosengeld-II-Empfänger als Bedarfsgemeinschaft eingestuft, obwohl sie gar keine sind. Anlass zur Verärgerung sind häufig auch die Unterkunfts- und Heizungskosten. Die Kommunen legen dazu Richtsätze fest in deren Umfang sie dann auch nur zahlen. Leben die Arbeitslosengeld-II-Empfänger in einer Wohnung, wo Miet- und Heizkosten über diesem Richtsatz liegen, müssten diese umziehen oder klagen. Um die Klagewelle noch bearbeiten zu können, mussten die Sozialgerichte bereits mit Neueinstellungen reagieren. Wer eine Sozial- und Sozialrechtsberatung sucht, findet Hilfe z.B. bei Arbeitsloseninitiativen.

Die registrierten Arbeitslosen vermitteln allerdings nur einen Ausschnitt der gesamten **Arbeitsmarktproblematik**. In der Statistik tauchen nämlich nur diejenigen auf, die sich arbeitslos melden. Personen, die einen Arbeitsplatz suchen, sich aber z.B. wegen fehlender Leistungsansprüche nicht an die Agenturen wenden, werden nicht berücksichtigt. Nicht als arbeitslos erfasst werden außerdem jene Arbeitslosen, die an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen teilnehmen, derzeit 1,5 Millionen Menschen. Dazu zählen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Weiterbildungsmaßnahmen, Trainingsmaßnahmen und die "Ein-Euro-Jobs". Schüler, die nach dem Schulabschluss auf einen Ausbildungs- oder Studienplatz warten, werden sie, soweit sie sich nur arbeitslos melden, um den Eltern Kindergeldansprüche zu sichern, seit 2003 nicht mehr in der Arbeitslosenquote berücksichtigt. Auch ältere Arbeitslose ab 58 Jahren, die nicht mehr der Arbeitsvermittlung zur Verfügung stehen, oder Personen in geförderter Altersteilzeit tauchen in der Arbeitslosenstatistik nicht auf. So dürfte die Gesamtzahl der Arbeitslosen bei sieben Millionen liegen.

Politikthemen

Dossiers
Geschichtsdossiers
Wahlen
LpB nach Themen
Spezial-Portale
Archiv Dossiers

Landeszentrale

Auf einen Blick
Kontakt /
Öffnungszeiten
Abteilungen
Fachbereiche
Mitarbeitende
Tagungszentrum
Kuratorium
Landesnetzwerk
Presse
Newsletter Archiv
Praktika
Stellenbörse
Ausschreibungen -
Vergaben

Publikationen/Shop

Neue Produkte
Alle Produkte
Buchreihen
Zeitschriften
Bausteine - Materialien
Planspiele
Dokumentationen
Sonstige Publikationen
Spiele
Lernmedien
Faltblätter
E-Books
Downloadbereich
Allg.
Geschäftsbedingungen

Veranstaltungen

Alle Veranstaltungen
Offene
Veranstaltungen
Bildungsreisen
... im Haus auf der Alb
Für bestimmte
Zielgruppen
Politische Tage
E-Learning
Ausstellungen
Veranstaltungen:
Rückblicke

Projekte

Übersicht
„Läuft bei Dir!“
Aktionstage Netzpolitik
Lernort Kommune
Beteiligungs-Dings
Integrationsprojekt i-
Punkt
Erstwählerkampagne

Links

Politik
Politische Bildung
Baden-Württemberg

Folgen Sie uns auf

